

Fragen

**für die Fragestunde der 42. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 19. Mai 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Barnett, Doris (SPD)	15, 16	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 52
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 61	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	19, 66	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Duin, Garrelt (SPD)	17	Lange, Christian (Backnang) (SPD)	35, 57
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54	Marks, Caren (SPD)	32
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	3, 4
Gloser, Günter (SPD)	7	Nink, Manfred (SPD)	11, 12
Groß, Michael (SPD)	13, 45	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	8	Paula, Heinz (SPD)	9, 10
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ...	5, 6
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	27, 28	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24
Höger, Inge (DIE LINKE.)	65	Röspel, René (SPD)	55, 56
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Dr. Scheer, Hermann (SPD)	50, 51
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	60	Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	20, 21
Kelber, Ulrich (SPD)	46, 47	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	36, 37
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 29	Steinbach, Erika (CDU/CSU)	38, 39
Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 64
Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	58, 59	Dr. Volkmer, Marlies (SPD)	40, 41
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	25, 26

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	15
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	16

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

1. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann beabsichtigt die Bundesregierung die Zeichnung des revidierten Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern vom 27. November 2008 (SEV 202), und wie begründet die Bundesregierung, dass eine Zeichnung anderthalb Jahre nach Auflegung noch immer nicht erfolgt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Angaben macht die Bundesregierung über die Höhe und die konkreten Bedingungen – Zinshöhe, Rückzahlung und deren Rang – der durch staatliche deutsche Garantien abgesicherten Kredite, die im Rahmen der am 7. Mai 2010 vom Deutschen Bundestag beschlossenen „Griechenlandhilfe“ bis zum 19. Mai 2010 ausgezahlt werden, und warum stehen diese Kredite im Rang nicht vor den bisherigen Krediten privater Gläubiger?
3. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Welche Maßnahmen und Initiativen hat die Bundesregierung auf der internationalen Ebene zur wirksamen Regulierung der Finanzmärkte seit dem G20-Gipfel im September 2009 ergriffen, und welche Ressorts waren hieran beteiligt?
4. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Seit wann wusste die Bundesregierung, dass beim europäischen Rat in Brüssel am 7. Mai 2010 weitreichende Finanzmaßnahmen zur Stabilisierung des Euro debattiert werden, und zu welchem Zeitpunkt war der Bundesminister des Auswärtigen in dieses Wissen einbezogen?
5. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung, den Bundesbankpräsidenten Axel Weber als Nachfolger für Jean-Claude Trichet für den Vorsitz der europäischen Zentralbank vorzuschlagen, und hat sie dazu bereits Absprachen mit anderen europäischen Staaten getroffen?

6. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie schätzt die Bundesregierung die Eignung von Axel Weber als Präsident der Europäischen Zentralbank ein angesichts der Tatsache, dass er als Präsident der Bundesbank im Rahmen der laufenden Aufsicht nicht verhindert hat, dass die deutschen Landesbanken zu den weltweit größten Abnehmern von drittklassigen Verbriefungsprodukten gehörten und im Zuge der Krise daher HSH Nordbank, Sachsen LB, LBBW und Bayern LB nur mit Hilfe staatlicher Unterstützungen überleben konnten?
7. Abgeordneter
Günter Gloser
(SPD) Wie viele Mittel aus dem Bundeshaushalt fließen jährlich in die Unterstützung bzw. Kofinanzierung der privaten Altersversorgung im Allgemeinen und für die Riester-Rente im Besonderen, und wie wird sich diese Belastung des Bundeshaushaltes aus Sicht der Bundesregierung in den nächsten Jahren entwickeln?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

8. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Greifswald über die Aufhebung der „Bäderregelung“ zur Sonntagsladenöffnung in Mecklenburg-Vorpommern ein konzentriertes Vorgehen mit den Ländern, um im Interesse der Tourismusbranche und der Beschäftigten dauerhafte gerichtsfeste Regelungen zu schaffen?
9. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD) Welche Maßnahmen und Projekte plant die Bundesregierung, um einen nachhaltigen und klimafreundlichen Tourismus zu unterstützen, und auf welche Anregungen der internationalen Messe für anderes Reisen, die im April 2010 in Berlin stattfand, greift sie dabei zurück?
10. Abgeordneter
Heinz Paula
(SPD) Welche Schritte wird die Bundesregierung einleiten, um dem Sextourismus und der Kinderprostitution in ärmeren Ländern zu begegnen, und welche konkreten Präventionsmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene plant bzw. unterstützt die Bundesregierung?

11. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD) Welche Vorschläge und Konzepte hat die Bundesregierung hinsichtlich einer stärkeren Koordinierung und Steuerung der Wirtschaftspolitik zur Umsetzung der vom Europäischen Rat in der neuen Strategie für die Europäische Union beschlossenen Leitziele, und wann beabsichtigt sie, mit der Umsetzung ihres Konzeptes zu beginnen?
12. Abgeordneter
Manfred Nink
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Mitgliedstaaten der EU zur Umsetzung der Leitziele zu bewegen, und wie bewertet sie die von EU-Ratspräsident Hermann Van Rompuy vorgeschlagenen Sanktionsmaßnahmen bei Zielverfehlung bzw. einem Belohnungssystem bei Zielerreichung?
13. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD) Was wird die Bundesregierung tun, um die Situation mittelständisch geprägter zinkerzeugender und -verarbeitender Betriebe am Industriestandort Deutschland zu verbessern, die durch die voraussichtliche Einstufung von Zink als prioritär nach der EU-Wasserrahmenrichtlinie mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen, wie zum Beispiel dem Verlust von Aufträgen und damit verbunden dem Verlust von Arbeitsplätzen, konfrontiert werden?*)
14. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Beabsichtigt die Bundesregierung bestehende Rüstungsexportgenehmigungen, die Rüstungsexporte an Griechenland erlauben, zu überprüfen und zu widerrufen, bzw. zukünftig die Genehmigungspraxis gegenüber Griechenland sowie anderen finanziell angeschlagenen Staaten restriktiver als bisher zu handhaben, um einer weiteren Verschärfung ihrer finanziellen Notlage vorzubeugen?
15. Abgeordnete
Doris Barnett
(SPD) In welchem Rahmen plant die Bundesregierung, bezüglich des gerade eingeführten Gesetzes über das Verfahren des elektronischen Entgeltnachweises (ELENA) kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) zu bevorzugen und von der Meldeverpflichtung zu entbinden, und welche Auswirkungen hätte das Herauslösen von KMU aus dem ELENA-Verfahren auf das System insgesamt?

*) Siehe hierzu auch Frage 45.

16. Abgeordnete
**Doris
Barnett**
(SPD)
- Welche datenschutzrechtlichen Vorkehrungen bedarf es hinsichtlich der Datenübertragung und -verwaltung von Arbeitnehmerdaten an Dritte, die die Datenverwaltung für den Arbeitgeber übernommen haben (z. B. Steuerbüros), und in welchem Umfang können Arbeitnehmer eine Dateneinsicht dort vornehmen?
17. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Sind Medienberichte zutreffend, dass bis Ende April 2010 mehr als 206 Mio. Euro für rund 75 000 Prämienberechtigte der Umweltprämie noch nicht ausbezahlt worden sind, obwohl der Fördertopf seit September 2009 leer ist, und wie will die Bundesregierung eine ordnungsgemäße Abwicklung im Hinblick auf die Vorgabe der entsprechenden Richtlinie, dass die Frist für die Einreichung der vollständigen Unterlagen am 31. Juli 2010 endet, sicherstellen?
18. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gutachtervorschläge zu Nachrüstkosten im Zusammenhang mit Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke lagen der Bundesregierung bis Mitte April 2010 vor (bitte insbesondere mit Angabe der Verfasser und der von ihnen vorgeschlagenen oder prognostizierten Kostenhöhe), und welche Einigung zu den Nachrüstkosten wurde Mitte April 2010 zwischen Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit auf Leitungsebene erzielt (bitte mit Angabe des genauen Datums, an dem die Einigung erzielt wurde)?
19. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die European Free Trade Association (Europäische Freihandelszone) – EFTA – im Gegensatz zur EU erneut klargestellt hat, dass Produkte aus den besetzten Gebieten der Westsahara nicht unter das Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Marokko fallen (www.wsrw.org), und inwieweit wird sich die Bundesregierung für eine entsprechende Klarstellung in den Verhandlungen über eine mögliche Verlängerung des laufenden „Fischereipartnerschaftsabkommens“ zwischen der EU und dem Königreich Marokko einsetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Soziales**

20. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)
(SPD)**
- Wurden Verbände bzw. Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in die Verbändebeteiligung im Rahmen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe und ihrer Unterarbeitsgruppen zur Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe einbezogen, und auf die Abstimmung mit welchen Verbänden legt die Bundesregierung besonderen Wert, um einen möglichst breiten Konsens für eine Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe insbesondere hinsichtlich der beruflichen Teilhabe herbeizuführen?
21. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt
(Eisleben)
(SPD)**
- Wie bewertet die Bundesregierung das Ergebnis der Mitgliederbefragung der Bundesarbeitsgemeinschaft Unterstützte Beschäftigung, nach der nur 8,3 Prozent der Teilnehmer an Maßnahmen zur Unterstützten Beschäftigung gemäß § 38a des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) aus dem Personenkreis der „Schulabgänger“ kommen, und kann in allen Fällen davon ausgegangen werden, dass die Berufsbegleitung durch das Integrationsamt auch dann gewährleistet sein wird, wenn noch kein Schwerbehindertenausweis für den Teilnehmer ausgestellt wurde?
22. Abgeordneter
**Markus
Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Inwiefern erkennt die Bundesregierung an, dass die Situation von Frauen mit Behinderungen auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zur Situation von Männern mit Behinderungen – sowohl bezüglich der Arbeitslosen- als auch bezüglich der Erwerbsquote – schlechter ist, und inwiefern widerspricht die Bundesregierung den Informationen der Bundesagentur für Arbeit (BA), die eben diesen Umstand verneint (siehe Informationen für den Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ausschussdrucksache 17(11)148 zu 17(11)118)?
23. Abgeordneter
**Markus
Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)**
- Inwiefern sieht die Bundesregierung durch Artikel 6 in Verbindung mit Artikel 31 der UN-Behindertenrechtskonvention eine Chance, die geschlechtsspezifische Differenzierung der Statistikdaten nicht mehr als unnötige Bürokratie (siehe Antworten der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 25 von Markus Kurth am 25. November 2009), sondern als Umsetzung der Konvention in nationales Recht zu betrachten, und inwiefern wird die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die monatliche ge-

schlechtsspezifische Arbeitslosenzahl schwerbehinderter Menschen – die von der BA behoben wird (siehe Informationen für den Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ausschussdrucksache 17(11)148 zu 17(11)118) – auch im aktuellen monatlichen Arbeitsmarktbericht der BA Niederschlag findet?

24. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, Kommunen, die zum 1. Januar 2012 die Grundsicherung in alleiniger Trägerschaft wahrnehmen wollen, bzw. Grundsicherungsstellen, die aufgrund einer Kreisgebietsreform zum 1. Januar 2011 zur Option übergehen, bei der Auswahl der Bewerbungen zum Modellprojekt „Bürgerarbeit“ nicht zu berücksichtigen und damit den Überlegungen des Fachkonzepts „Bürgerarbeit“ (Grobkonzept) der Bundesagentur für Arbeit zu folgen, und wie begründet die Bundesregierung ihre Entscheidung?
25. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie ist das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ bzw. die darin enthaltene Beschäftigungsphase, gemäß der Bekanntmachung des Interessenbekundungsverfahrens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. April 2010, in das bestehende arbeitsmarktpolitische Förderinstrumentarium des SGB II einzuordnen, insbesondere hinsichtlich der Zielgruppe des Instrumentes in Abgrenzung zu anderen Fördermöglichkeiten wie Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und Beschäftigungszuschuss?
26. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zukünftig den Einsatz der insgesamt im Bereich des SGB II zur Verfügung stehenden verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente vor, bezogen auf die jeweiligen Teilnehmerzahlen und Verteilung der Mittel, und wie stellte sich die anteilige Zusammensetzung der insgesamt im Bereich des SGB II zur Anwendung gekommenen arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente in den Jahren 2005 bis 2009 dar, nach jeweiligen Teilnehmerzahlen und ausgegebenen Mitteln?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

27. Abgeordnete
**Ulrike
Höfken**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Regelungslücken sieht die Bundesregierung angesichts der Verschleppung von Informationen bei den aktuell bekannt gewordenen Dioxinfunden in Eiern, und welche konkreten Änderungen wird die Bundesregierung bei den Meldepflichtigen vornehmen?
28. Abgeordnete
**Ulrike
Höfken**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderungen im Kontrollsystem für Futtermittelimporte plant die Bundesregierung angesichts der Problematik belasteter Importe auch bei Einzelfuttermitteln, und welche Strategie verfolgt die Bundesregierung insgesamt zur Vermeidung von Lebens- und Futtermittelkontaminationen mit Dioxin?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

29. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum sieht sich die Bundesregierung erst jetzt und nicht direkt nach dem Luftschlag vom 4. September 2009 dazu in der Lage, dessen Opfer und Verletzte gemeinsam mit einer Versammlung der Dorfältesten zu identifizieren, um im Anschluss deren Angehörige zu entschädigen (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 8. Mai 2010)?
30. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern und mit welchem Ergebnis hat sich das Kabinett mit rechtlichen Änderungen zur Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes befasst?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 31.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

31. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Form plant die Bundesregierung im Zuge der Neuregelungen zur Verkürzung des Wehr- und Zivildienstes auch eine optionale Verlängerung des Zivildienstes zu regeln?*)
32. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Befürchtung der „Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle“ (USK), wonach die vorgeschlagenen Neuregelungen zur Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages dazu führen, dass unterschiedliche Alterskennzeichnungen im Internet zum Einsatz kommen und dadurch möglicherweise ein wirksamer Jugendmedienschutz unterlaufen wird?
33. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung die finanzielle Ausstattung des Kita-Ausbaus zu überprüfen?
34. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung Sparmaßnahmen, die den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr betreffen, der 2013 in Kraft treten soll?
35. Abgeordneter
Christian Lange
(**Backnang**)
(SPD)
- Plant die Bundesregierung Einsparungen im Bereich der Kinderbetreuung, und hält die Bundesregierung an der Garantie eines Betreuungsplatzes für Kinder unter drei Jahren ab 2013 noch fest?
36. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Warum hat die Bundesregierung nicht dafür gesorgt, dass mit der mit Bundesmitteln erfolgten Restaurierung sowjetischer Gedenkstätten in Berlin-Tiergarten und Berlin-Treptow gleichzeitig Barrierefreiheit geschaffen wurde (siehe Antworten der Bundesregierung zu meinen Schriftlichen Fragen 103 und 104 auf Bundestagsdrucksache 17/1645), und

*) Siehe hierzu auch Frage 30.

was wird die Bundesregierung tun, um in diesen und ggf. weiteren sowjetischen Gedenkstätten in Deutschland künftig auch Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, den für die Befreiung Deutschlands vom Faschismus gefallenen Sowjetsoldaten zu gedenken?

37. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Regelungen gibt es hinsichtlich der Aufbewahrung sowie der Zugänglichkeit der Akten und elektronischen Daten von/über Contergangeschädigte sowie der Stiftung selbst bei der Conterganstiftung für die Betroffenen, die Mitglieder von Gremien der Stiftung sowie für die Firma Grünenthal GmbH?
38. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über Missbrauchsfälle in Jugendwerkhöfen in der Zeit der zweiten deutschen Diktatur, etwa in der Einrichtung in Torgau?
39. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU)
- Welche Sachverständige nehmen für den Themenbereich sexueller Missbrauch im Bereich der Jugendwerkhöfe am „Runden Tisch gegen sexuellen Missbrauch“ teil?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

40. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Initiative der Länder Sachsen und Bremen, die Krankenkassen in den Bundesländern gesetzlich zur Einrichtung von Spitzenverbänden auf Landesebene zu verpflichten, die als Rechtsperson verantwortlich die Aufgaben der Krankenkassen im jeweiligen Land übernehmen?
41. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD)
- Welche Auswirkungen hätte die Einrichtung von 16 neuen Krankenkassenverbänden für die Verwaltungsausgaben der gesetzlichen Krankenkassen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

42. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es richtig, dass es sich bei § 35 Absatz 1 Nummer 4 des Baugesetzbuchs (BauGB) um einen Aufangtatbestand für atypische Fälle handelt, die in § 35 Absatz 1 Nummer 1 BauGB nicht erfasst sind?
43. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die von der DFS Deutschen Flugsicherung GmbH wie auch von Piloten der Lufthansa geäußerten erheblichen Sicherheitsbedenken gegen die Genehmigung von Sichtflügen Mitte April d. J. durch die Flugaufsicht, und wer trägt die Verantwortung für Schadensfälle bei den genehmigten Sichtflügen, beispielsweise aufgrund sehr geringer Flughöhen?
44. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zur Aussage des Verkehrsministers von Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Daehre, vor dem Hintergrund der Baumängel an der Bundesstraße 6n, dass Vorschriften für die Verwendung von Straßenbaumaterialien (vgl. Volksstimme vom 7. Mai 2010) geändert werden müssen, und aus welchen Bundes- oder/und Landesmitteln wird nach aktuellem Kenntnisstand die Sanierung der Bundesstraße 6n bestritten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

45. Abgeordneter
**Michael
Groß**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht der EU-Kommission zur EU-Wasserrahmenrichtlinie, die vorsieht, den Stoff Zink als prioritär einzustufen, vor dem Hintergrund der bereits vorhandenen Risikobewertung, darunter die Empfehlung der EU-Kommission für Risikobegrenzungsmaßnahmen für Zink (2008/464/EG), und wie bewertet sie aktuelle, vom neutralen INERIS-Institut überprüfte und ausgewertete Daten zu Zink aus den Mitgliedstaaten der EU, die ausdrücklich gegen eine solche Einstufung spricht?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

46. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Wie viele Anträge auf Zuschuss im Rahmen des Marktanzreizprogrammes zur Nutzung erneuerbarer Energien im Wärmebereich (bitte aufgeschlüsselt nach den einzelnen Fördertatbeständen) liegen derzeit beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vor, die zurzeit aufgrund der Haushaltssperre nicht bearbeitet werden, und um welches Fördervolumen handelt es sich dabei ungefähr?
47. Abgeordneter
**Ulrich
Kelber**
(SPD)
- Wie hoch sind nach Einschätzung der Bundesregierung die privaten Investitionen, die aufgrund dieser Haushaltssperre nicht getätigt werden können, und wann wird das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Antrag auf Entsperrung der Mittel stellen?
48. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung die Forderungen vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, und dem Vizevorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Christian Ruck – die letzte Woche in der Presse zu lesen waren – zur Aufhebung der Haushaltssperre für das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien, und falls nicht, mit welchen alternativen Instrumenten will sie das im IEKP (integrierte Energie- und Klimaprogramm) formulierte Ziel erreichen, bis zum Jahr 2020 14 Prozent des Wärmebedarfs aus erneuerbaren Energien zu decken?
49. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann plant die Bundesregierung ein CCS-Gesetz (Carbon Dioxide Capture and Storage) im Kabinett zu beschließen bzw. in den Bundestag einzubringen, und handelt es sich dabei um ein Gesetz für einzelne Demonstrationsprojekte (bitte aufschlüsseln nach Anlagen) oder um einen allgemeinen gesetzlichen Rahmen für den Einsatz von CCS?
50. Abgeordneter
**Dr. Hermann
Scheer**
(SPD)
- Welche Bedeutung hat nach Einschätzung der Bundesregierung die Einführung der Verordnung zu Systemdienstleistungen durch Windenergieanlagen (SDLWindV) und der entsprechenden Regelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für bestehende wie auch neue Anlagen für die verbesserte Netz- und Systemintegration von Windenergieanlagen (wie z. B. die Aufrechterhaltung der Netzstabilität durch Windkraftanlagen), und wie ist nach Einschät-

zung der Bundesregierung der aktuelle Stand der Umsetzung der SDLWindV bei Herstellern, Gutachtern und Zertifizierern?

51. Abgeordneter
Dr. Hermann Scheer
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass möglichst viele bestehende Windkraftanlagen hinsichtlich der Vorgaben der SDLWindV umgerüstet werden, um somit die Systemstabilität des deutschen Stromnetzes zu erhöhen, und wie bewertet sie dahingehend eine mögliche Fristverlängerung der Regelung in § 66 Absatz 1 Nummer 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2009) für Bestandsanlagen?
52. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher Genehmigungen wurden im Zeitraum 1992 bis 2009 radioaktive Abwässer am Standort Lubmin (Atomkraftwerk Greifswald und Zwischenlager Nord) in die Ostsee eingeleitet (bitte mit Angabe des Datums der Genehmigung), und welche maximalen Abwassermengen, die jährlich abgeleitet werden dürfen, sind in diesen Genehmigungen jeweils festgelegt?
53. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist geregelt, in welcher Reihenfolge Schäden aus der Deckungsvorsorge bedient würden, sollte es in Deutschland zu einem Reaktorunglück kommen?
54. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer würde im Falle eines Reaktorunglücks für die Kosten für landwirtschaftliche Ernteauffälle haften, sollten die Deckungsvorsorge sowie das Vermögen des betroffenen Atomkraftwerksbetreibers und der Unternehmensmutter dafür nicht ausreichen, und für wie viele Jahre gilt dies?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

55. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Mit welchen Maßnahmen fördert die Bundesregierung die Evaluierung von Open-Access-Veröffentlichungen und von Online-Zeitschriften mit dem Ziel der Erhaltung der Standards wissenschaftlicher Qualitätssicherung und guter wissenschaftlicher Praxis?
56. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Mit welchen Maßnahmen oder Projekten fördert die Bundesregierung den Aufbau und die Vernetzung von Repositorien?
57. Abgeordneter
**Christian
Lange
(Backnang)**
(SPD) Plant die Bundesregierung den Zeitrahmen für das zwischen Bund und Ländern gesteckte Ziel zu verlängern, 10 Prozent des Bruttoinlandprodukts für Schulen und Hochschulen auszugeben?
58. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)**
(SPD) Wie viele Hauptschüler/-innen plant die Bundesregierung in ihrem angekündigten „Bildungslotsenprogramm“ einem einzelnen ehrenamtlich tätigen Lotsen zur Betreuung anheim zu geben?
59. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe
(Leipzig)**
(SPD) Welche pädagogischen Anforderungen sollen der Bundesregierung zufolge die angekündigten Bildungslotsen erfüllen, um zur Betreuung von Hauptschülern/-schülerinnen zugelassen zu werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

60. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie wird die Bundesregierung den auf dem G8-Gipfel im Jahr 2008 gefassten Beschluss umsetzen, innerhalb von fünf Jahren, also bis 2013, 60 Mrd. US-Dollar zur weltweiten Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria sowie zur Stärkung der Gesund-

heitssysteme bereitzustellen, und wie wird sie dazu ihren nach dem G8-Gipfel im Jahr 2007 aufgestellten Zeitplan anpassen, der vorsieht, den deutschen Anteil von 4 Mrd. Euro bis 2015 zu leisten?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

61. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Zusicherungen („pledges“), in denen sie konkrete Aktionen zur Stärkung der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Aussicht stellen wird, beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der Überprüfungskonferenz zur Prüfung etwaiger Änderungen des Römischen Statuts des IStGH vom 31. Mai bis 11. Juni 2010 in Kampala, Uganda, abzugeben, und beabsichtigt die Bundesregierung, die EU bei der Erarbeitung und Abgabe einer oder mehrerer Zusicherungen („pledges“) zu unterstützen?
62. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Menschenrechtslage in Äthiopien vor den Wahlen, insbesondere die Rechte Oppositioneller, Journalistinnen und Journalisten und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, und in welcher Form und mit welchen Inhalten findet zwischen der Bundesregierung und Äthiopien ein Dialog über konkrete Menschenrechtsfragen statt?
63. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der Überprüfungskonferenz des internationalen Strafgerichtshofs in Kampala (Uganda) vom 31. Mai bis zum 11. Juni 2010 nicht durch hochrangige Regierungsmitglieder vertreten ist, obwohl dies in Anbetracht der notwendigen Unterstützung für den Internationalen Strafgerichtshof und die internationale Strafgerichtsbarkeit erforderlich ist, und hat die Bundesregierung ein so genanntes relocation agreement mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Bezug auf den Opfer- und Zeugenschutz abgeschlossen?

64. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl der Aufständischen, die bisher im Jahr 2010 unter Beteiligung von Soldaten der Bundeswehr oder mit deren Unterstützung festgenommen, festgehalten oder in Gewahrsam genommen und an US-Stellen übergeben oder überlassen wurden, und deren weiteres Schicksal, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus, dass ganz offensichtlich in Afghanistan und insbesondere in Bagram neben einem neuen US-Gefängnis, das als vorbildlich ausländischen Besuchern präsentiert wird, nach wie vor „Geheimgefängnisse“ von US-Stellen unterhalten werden, in denen Gefangene, die verdächtigt werden Aufständische zu sein, unmenschlicher Behandlung ausgesetzt werden, wie das Internationale Komitee des Roten Kreuzes jetzt gegenüber dem britischen Sender BBC bestätigte (SPIEGEL ONLINE vom 11. Mai 2010)?
65. Abgeordnete
Inge Höger
(DIE LINKE.)
- Welches Szenario liegt der laut Medienberichten in der vergangenen Woche in Süddeutschland abgehaltenen gemeinsamen Luftübung amerikanischer und israelischer Streitkräfte zu Grunde, und in welcher Weise waren deutsche Behörden oder Institutionen eingebunden?
66. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit wurden die Ausbildungs- und Ausrüstungsmaßnahmen der Kosovo Force (NATO-Sicherheitsgruppe Kosovo Force) – KFOR, mittels derer die unter dem Kommando des ehemaligen UCK-Kämpfers Sylejman Selimi befindliche und ganz überwiegend ebenfalls aus ehemaligen UCK-Kämpfern bestehende Kosovo Security Force unter Beteiligung des deutschen KFOR-Kontingentes zu einer Mischung aus Katastrophenschutzeinheit und Armee des Kosovo aufgebaut werden soll, wieder aufgenommen, nachdem sie ausgesetzt wurden, weil sich die Kosovo Security Force bewaffnet an einer Gedenkveranstaltung für die UCK beteiligt hat, und ist die Bundeswehr auch weiterhin hieran beteiligt?

